

6 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

Regierungsvorlage

Bundesgesetz vom xxxxxxxxx 1983, mit dem das Prämiensparförderungsgesetz geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Prämiensparförderungsgesetz, BGBl. Nr. 143/1962, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 24/1973, 664/1976, 280/1978, 520 a/1979 und 552/1980 wird wie folgt geändert:

1. § 2b Z 2 hat zu lauten:

„2. die Kreditunternehmung hat für die Zeit bis 31. Dezember 1979 eine Sparprämie in Höhe von einem Drittel, für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1980 in Höhe von einem Sechstel und für die Zeit ab 1. Jänner 1981 in Höhe von mindestens einem Sechstel zu gewähren.“

2. Nach § 2b ist folgender § 2c einzufügen:

„§ 2c. Für die nach dem 1. Juli 1983 abgeschlossenen Prämiensparverträge gelten § 2 und § 4 nur nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die Prämiensparzeit beträgt 4 Jahre,
2. die Einzahlungen des Sparerers sind mit 1,5 Prozentpunkten über dem jeweils für Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist gemäß § 20 Abs. 2 KWG, BGBl. Nr. 63/1979, geltenden Zinsfuß zu verzinsen,
3. der in Z 2 festgesetzte Zinssatz ist anstelle des im § 4 Abs. 4 und 5 angeführten Zinsfußes von 6% anzuwenden,
4. die Kreditunternehmung hat eine zusätzliche Verzinsung von 1 Prozentpunkt als Sparprämie zu gewähren.“

3. Im Artikel II Abs. 1 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 664/1976 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 520 a/1979 hat im ersten Halbsatz folgender Passus ersatzlos zu entfallen:

„, die vor dem 7. September 1979 abgeschlossen wurden,“.

Artikel II

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

2

6 der Beilagen

VORBLATT

Problem:

Die im Prämiensparförderungsgesetz vorgesehene Verzinsung der Spareinlagen steht nicht mehr im Einklang mit dem allgemein gesunkenen Zinsniveau.

Ziel:

Eine Zinssenkung soll daher auch beim Prämiensparen vorgenommen werden.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Aus der Durchführung dieses Bundesgesetzes erwachsen dem Bund keine Kosten.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Im Zuge der Senkung des allgemeinen Zinsniveaus ist auch eine Senkung des Zinsfußes beim Prämiensparen erforderlich, die für die nach dem 1. Juli 1983 abgeschlossenen Prämiensparverträge Geltung haben soll.

Da dieser Zinsfuß im Prämiensparförderungs-gesetz mit 6 vH festgesetzt ist, kann eine Änderung nur durch eine Novellierung dieses Bundesgesetzes erfolgen. Mit vorliegendem Gesetzentwurf würde eine wünschenswerte flexible Regelung dadurch erreicht werden, daß der Zinsfuß mit 1,5 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Eckzinsfuß bestimmt wird.

Gleichzeitig soll die Höhe der Sparprämie für die ab 1. Juli 1983 abgeschlossenen Prämiensparverträge nun fix mit 1 vH festgesetzt werden.

Für die derzeit laufenden Prämiensparverträge soll der Zinsfuß von 6 vH sowie die bisherige Regelung der Sparprämien weiter bestehen bleiben, deren Höchstgrenze soll jedoch eliminiert werden, da bei weiterem Absinken des nach § 20 Abs. 2 KWG, BGBl. Nr. 63/1979, ermittelten Nominalzinssatzes die Mindestgrenze für Sparprämien unterschritten würde.

Die bisherige Regelung, daß der Sparer nach Ablauf der Prämiensparzeit vom alten Prämiensparvertrag bis zu 20 000 S auf einen neu zu errichtenden Prämiensparvertrag übertragen kann, soll auch für nach dem 7. September 1979 abgeschlossene Prämiensparverträge weitergelten.

Besonderer Teil

Zu Art. I Z 1 (§ 2 b Z 2):

Durch den nunmehr vorgesehenen Wortlaut soll die Höchstgrenze für Sparprämien, die für die Zeit ab 1. Jänner 1981 Geltung hat, entfallen. Dies ist deshalb erforderlich, damit bei den derzeit laufenden Prämiensparverträgen infolge des Absinkens des nach § 20 Abs. 2 KWG, BGBl. Nr. 63/1979, ermittelten Nominalzinssatzes die für Sparprämien vorgesehene Höchstgrenze nicht die Mindestgrenze unterschreitet.

Zu Art. I Z 2 (§ 2 c):

Mit dieser Bestimmung soll der Zinsfuß für die nach dem 1. Juli 1983 abgeschlossenen Prämiensparverträge von 6 vH abgesenkt und eine flexible Regelung dadurch erreicht werden, daß er 1,5 Prozentpunkte über dem jeweiligen Eckzinsfuß liegt. Bei dem derzeit geltenden Eckzinsfuß von 4 vH würde die Verzinsung somit 5,5 vH betragen.

Dieser Zinssatz soll auch bei den nach dem 1. Juli 1983 abgeschlossenen Prämiensparverträgen im Falle vorzeitiger Auflösungen gemäß § 4 Abs. 4 und 5 anstelle des dort angeführten Zinsfußes von 6% angewendet werden.

Die Sparprämien für die nach dem 1. Juli 1983 abgeschlossenen Prämiensparverträge sollen 1 vH betragen, um sicherzustellen, daß die Sparprämie in der bisher geltenden Mindesthöhe unverändert erhalten bleibt.

Zu Art. I Z 3:

Die bisher für vor dem 7. September 1979 abgeschlossene Prämiensparverträge geltende Möglichkeit, bis zu 20 000 S von einem alten Prämiensparvertrag nach Ablauf der Prämiensparzeit auf einen neu zu errichtenden Prämiensparvertrag zu übertragen, soll weiter erhalten bleiben. Es können dadurch bei den Kreditunternehmungen größere Liquiditätsschwankungen durch Abhebungen nach dem Auslaufen von Prämiensparverträgen vermieden werden. Der Sparer kann durch diese Übertragung im ersten Jahr einen etwas höheren Zinsenertrag erzielen.

Zu Art. II:

Mit der Vollziehung des im Entwurf vorliegenden Bundesgesetzes soll der Bundesminister für Finanzen betraut werden.

Kostenberechnung:

Aus der Durchführung dieses Bundesgesetzes erwachsen dem Bund keine Kosten.

geltende Fassung

neue Fassung

4

Prämiensparförderungsgesetz-Novelle

Gegenüberstellung

§ 2b:

2. die Kreditunternehmung hat für die Zeit bis 31. Dezember 1979 eine Sparprämie in Höhe von einem Drittel, für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1980 in Höhe von einem Sechstel und für die Zeit ab 1. Jänner 1981 in Höhe von mindestens einem Sechstel, höchstens jedoch in Höhe des um sieben Prozentpunkte verminderten nach § 20 Abs. 2 KWG, BGBl. Nr. 63/1979, ermittelten Nominalzinssatzes zu gewähren.

§ 2c:

.....

Art. II Abs. 1:

Von Prämiensparkonten zu Prämiensparverträgen, die vor dem 7. September 1979 abgeschlossen wurden, können vom Sparer auf ein nach Ablauf der Prämiensparzeit bei derselben Kreditunternehmung neu zu errichtendes Prämiensparkonto bis zu 20 000 S in Anrechnung auf die für die ersten vier Kalendervierteljahre gemäß § 2 Abs. 1 lit. a des Prämiensparförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 143/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 24/1973 zulässige Einlage übertragen werden. § 3 Abs. 2 des Prämiensparförderungsgesetzes findet in diesem Falle keine Anwendung. Ist die Übertragung geringer als 20 000 S, kann der Sparer durch Einzahlung in den ersten vier Kalendervierteljahren den übertragenen Betrag auf 20 000 S ergänzen, wobei jedoch die vierteljährliche Höchsteinzahlung gemäß § 3 Abs. 2 nicht überschritten werden darf. Diese Bestimmungen gelten erstmals für die am 31. Dezember 1976 auslaufenden Prämiensparverträge.

2. die Kreditunternehmung hat für die Zeit bis 31. Dezember 1979 eine Sparprämie in Höhe von einem Drittel, für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1980 in Höhe von einem Sechstel und für die Zeit ab 1. Jänner 1981 in Höhe von mindestens einem Sechstel zu gewähren.

Für die nach dem 1. Juli 1983 abgeschlossenen Prämiensparverträge gelten § 2 und § 4 nur nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die Prämiensparzeit beträgt 4 Jahre,
2. die Einzahlungen des Sparers sind mit 1,5 Prozentpunkten über dem jeweils für Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist gemäß § 20 Abs. 2 KWG, BGBl. Nr. 63/1979, geltenden Zinsfuß zu verzinsen,
3. der in Z 2 festgesetzte Zinssatz ist anstelle des im § 4 Abs. 4 und 5 angeführten Zinsfußes von 6% anzuwenden,
4. die Kreditunternehmung hat eine zusätzliche Verzinsung von 1 Prozentpunkt als Sparprämie zu gewähren.

Von Prämiensparkonten zu Prämiensparverträgen können vom Sparer auf ein nach Ablauf der Prämiensparzeit bei derselben Kreditunternehmung neu zu errichtendes Prämiensparkonto bis zu 20 000 S in Anrechnung auf die für die ersten vier Kalendervierteljahre gemäß § 2 Abs. 1 lit. a des Prämiensparförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 143/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 24/1973 zulässige Einlage übertragen werden. § 3 Abs. 2 des Prämiensparförderungsgesetzes findet in diesem Falle keine Anwendung. Ist die Übertragung geringer als 20 000 S, kann der Sparer durch Einzahlung in den ersten vier Kalendervierteljahren den übertragenen Betrag auf 20 000 S ergänzen, wobei jedoch die vierteljährliche Höchsteinzahlung gemäß § 3 Abs. 2 nicht überschritten werden darf. Diese Bestimmungen gelten erstmals für die am 31. Dezember 1976 auslaufenden Prämiensparverträge.

6 der Beilagen